

Das Wissen

Die ARD und die Politik – Ringen um Unabhängigkeit

Von Rainer Volk

Sendung vom: Montag, 31. März 2025, 8.30 Uhr

Redaktion: Gábor Paál

Autorenproduktion

Produktion: SWR 2025

Die ARD hat sich vor 75 Jahren auch gegründet, um die Sender gegenüber der Politik zu stärken. Später muss das Verfassungsgericht die ARD immer wieder vor politischer Einflussnahme schützen. In den letzten Jahren ist die Situation eher schwieriger als einfacher geworden.

SWR Kultur können Sie auch im **Webradio** unter [swrkultur.de](https://www.swr.de/swrkultur.de) und auf Mobilgeräten in der **SWR Kultur App** hören – oder als **Podcast** nachhören.

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

Die SWR Kultur App für Android und iOS

Hören Sie das Programm von SWR Kultur, wann und wo Sie wollen. Jederzeit live oder zeitversetzt, online oder offline. Alle Sendung stehen mindestens sieben Tage lang zum Nachhören bereit. Nutzen Sie die neuen Funktionen der SWR Kultur App: abonnieren, offline hören, stöbern, meistgehört, Themenbereiche, Empfehlungen, Entdeckungen ...
Kostenlos herunterladen: <https://www.swr.de/swrkultur/swrkultur-radioapp-100.html>

MANUSKRIFT

O-Ton Susanne Daubner:

75 Jahre ARD. Und nun schalten wir rüber zu Das Wissen.

O-Ton 1 Kurzwellen-Suchlauf

O-Ton 2 Opening Mix

(Helmut Kohl) Von welchem Sender sind Sie denn? (Reporter) Vom Norddeutschen Rundfunk. (Helmut Kohl) Ja so sehen Sie aus. | (Dietmut Roether) Eigentlich war die ARD ein Zusammenschluss von Sendern, die ihre gemeinsamen Interessen gegenüber der Politik vertreten wollten. | (Franz-Josef Strauß) Zunächst muss ich mir leider die Bemerkung erlauben, dass diese ihre eben gezeigte und von mir verfolgte Sendung tendenziös ist.

Ansage:

Die ARD und die Politik – Ringen um Unabhängigkeit. Von Rainer Volk.

O-Ton 3 Kurzwellen-Geräusch

Erzähler:

Die ARD feiert Geburtstag – sie wird 75. Im Juni 1950 gründeten die Rundfunksender der jungen Bundesrepublik eine „Arbeitsgemeinschaft“. Öffentlich-rechtliche Anstalten waren für die Deutschen damals als Idee neu. Nach den Nazis hatten zuerst Amerikaner, Briten und Franzosen bestimmt und genehmigt, was gesendet werden durfte.

O-Ton 4 Ansage Süddeutscher Rundfunk:

The short wave broadcasts of the Süddeutscher Rundfunk you are about to hear are relayed with permission of the American High Commission.

Erzähler:

Grundsätzlich sind die Sender organisiert wie die britische BBC – von Parteien und Regierungen unabhängig. Zwar sichert der Staat indirekt die Finanzierung, aber die Aufsicht übernehmen Gremien, in denen viele gesellschaftliche Gruppen vertreten sind. Doch die Versuchung für die Mächtigen in Bonn und in den Ländern, in die Programme hineinzuregieren, ist von Anfang an groß.

O-Ton 5 Tagesschau-Fanfare, 50er-Jahre:

(Gong) Hier ist das Deutsche Fernsehen mit der Tagesschau, anschließend die Wetterkarte (Musik) Guten Abend.

Erzähler:

Wahrscheinlich ist die „Tagesschau“ die wichtigste Sendung für die ARD. Manche glauben sogar, sie sei ein Anlass gewesen, um die ARD zu gründen. Doch Fernsehen liegt 1950 noch in der Zukunft. Die ARD ist zunächst eine Gemeinschaft der Radiosender – und der Grund für den Zusammenschluss ein anderer. Der Ausgangspunkt liegt in der Zeit der Besatzung, als die Alliierten in den Studios der – anfangs nur sechs - Anstalten zwischen München und Hamburg die Regie führen, sagt der Rundfunkhistoriker Hans-Ulrich Wagner:

O-Ton 6 Hans-Ulrich Wagner, Rundfunkhistoriker:

Die Geschichte der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten beginnt am 01.01.1948 – mit dem Nordwest-deutschen Rundfunk. Der NWDR ist die erste lizenzierte öffentlich-rechtliche Anstalt.

Erzähler:

Wagner forscht am Hans-Bredow-Institut in Hamburg und lehrt Mediengeschichte an der dortigen Universität. Er verweist auf eine wenig bekannte Tatsache: Zwar findet am 9. und 10. Juni 1950 in Bremen jene Gründungssitzung der ARD statt. Doch das Kürzel „ARD“ sucht man im Protokoll der Beratungen vergebens.

O-Ton 7 Hans-Ulrich Wagner:

1950 spricht man von einer Arbeitsgemeinschaft. Dass es dann zum Kürzel der ARD – Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Deutschland – kommt, das ist ab 1954 der Fall.

Erzähler:

Auch wenn die Gemeinsamkeiten der ARD-Anstalten anfangs gering sind, so haben die Sender doch triftige Gründe, enger zusammenzurücken. Das angespannte Verhältnis des Rundfunks zur Politik ist einer davon, meint die Journalistin Diemut Roether, die als leitende Redakteurin beim Medienfachdienst „epd-Medien“ arbeitet:

O-Ton 8 Diemut Roether, Journalistin:

Als die ARD gegründet wurde vor 75 Jahren, gab es ja noch gar kein Fernsehen. Das Erste ist dann erst 1954 als regelmäßiges Programm auf Sendung gegangen. Aber eigentlich war die ARD ein Zusammenschluss von Sendern, die auch zusammenarbeiten wollten, aber ihre gemeinsamen Interessen gegenüber der Politik vertreten wollten mit dieser Gründung.

Erzähler:

Wie nötig ein gemeinsames Auftreten der Anstalten ist, um die Autonomie der Programme zu verteidigen, zeigen Beispiele aus der Zeit vor der Gründung der ARD. So berichtet Hans Küffner, Chefredakteur von Radio Stuttgart, im Jahr 1949 über heftige Reaktionen bayerischer Politiker auf Kommentare im Bayerischen Rundfunk.

O-Ton 9 Hans Küffner, Chefredakteur Radio Stuttgart 1949:

Im bayerischen Landtag hat man sich dieser Tage eingehend mit dem Rundfunk befasst. Es gab Abgeordnete, die in den Kommentaren des Senders nurmehr reine Negation sehen wollten. Der Rundfunk, so wurde gesagt, setze das Parlament und die öffentlichen Einrichtungen herab. Man verlangte die Abberufung des Intendanten und des Chefredakteurs.

Erzähler:

Auch ganz praktische Probleme lassen einen Senderverbund notwendig erscheinen: Etwa, um international mitreden zu können, wenn Sende-Frequenzen vergeben werden. Oder um die Renten der ehemaligen Beschäftigten der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft zu regeln, der Vorgänger-Organisation bis 1945. Überhaupt: Geld! Die Finanzen sind von Anfang an Thema. 1950 liegt das Wirtschaftswunder noch in der Zukunft. Mit den Rundfunkbeiträgen – damals Gebühren genannt – müssen auch

zerbombte Studios und zerstörte Sendemasten neu aufgebaut werden. Und technisch, so Hans-Ulrich Wagner, tut sich damals auch viel.

O-Ton 10 Hans-Ulrich Wagner:

Zum Beispiel die Einführung des UKW-Programmes war teuer, das musste erst mal gestemmt werden. Und natürlich der ganz große Entwicklungsschritt ist das Fernsehen. Fernsehen war sehr, sehr teuer. Und das wollte man, vor allem das Vorgehen, koordinieren.

O-Ton 11 Hörerwerbung, 1950

Erzähler:

Klingt wie eine Schlagersendung, ist aber Hörerwerbung aus dem Jahr 1950. So versucht der Südwestfunk in der Anfangszeit der ARD, sogenannte „Schwarz Hörer“ zu überzeugen. Denn zwar gibt es viele Radio-Geräte im Land, die den Krieg überstanden haben, aber die Mehrzahl ist nicht angemeldet. Erst 1955 registriert die Bundespost den einhunderttausendsten Rundfunkteilnehmer. Die Finanzlage der ARD ist also bescheiden.

O-Ton 12 Hans-Ulrich Wagner:

Das war in den 50er-Jahren noch wirklich ein Problem und man wollte eben natürlich diese Solidargemeinschaft entsprechend größer machen. Dass sich eben viele anmelden. Und das hat man auch mit Mitteln gemacht, die eben eher im unterhaltenden Bereich und mit eben dem Geschenk eines Rundfunk-Sets dann verbunden waren.

Erzähler:

Trotz der noch niedrigen Gebühreneinnahmen sind die 50er-Jahre eine goldene Ära der öffentlich-rechtlichen Sender. Die ARD ist konkurrenzlos. Prominente Autorinnen und Autoren schreiben Hörspiele fürs Programm. Hans-Joachim Kulenkampff oder Peter Frankenfeld präsentieren Unterhaltungsshow. Die Informationssendungen werden ausführlicher und thematisch vielfältiger. Doch Bundeskanzler Konrad Adenauer ist unzufrieden. Schon 1951 klagt er:

O-Ton 13 Konrad Adenauer, ehem. Bundeskanzler, Rede 1951:

Ich muss auch feststellen, dass die Arbeit der Bundesregierung, des Bundeskanzlers und der Bundesminister teilweise durch die einseitige parteipolitische Gestaltung der Programme beeinträchtigt wird. (Applaus) Auf diesem Gebiete muss so schnell und so gründlich wie möglich Wandel geschaffen werden (Applaus).

Erzähler:

Als 1957 CDU und CSU im Bundestag dann eine absolute Mehrheit bekommen, denkt Adenauer ernsthaft über ein Konkurrenz-Programm zur ARD nach. Zwei Jahre später, 1959, verkündet sein Innenminister Schröder in Bonn, die Regierung plane drei neue Programme: einen Auslandsrundfunk, die Deutsche Welle – ein deutschlandweites Radio –, den Deutschlandfunk. Und einen neuen Fernsehsender:

O-Ton 14 Gerhard Schröder, ehem. Innenminister:

Diese Anstalt mit dem Namen „Deutschland-Fernsehen“ soll ihren Sitz in Frankfurt am Main haben. Sie soll nach Möglichkeit selbst keine Fernsehprogramme

produzieren, sondern ihre Aufgaben von privaten Gesellschaften durchführen lassen, die sich ihrerseits aus Wirtschaftswerbung finanzieren.

Erzähler:

Hans Bausch, im Jahr zuvor zum Intendanten des Süddeutschen Rundfunks gewählt, kritisiert die Idee:

O-Ton 15 Hans Bausch, ehem. SDR-Intendant, 1960 im ZDF/Deutschlandfernsehen:

Im Gegensatz zu der bewährten öffentlich-rechtlichen Grundlage des Fernsehens soll nunmehr ein kommerzielles System geschaffen werden. Die Intendanten sehen darin eine Gefahr für die Unabhängigkeit und die Objektivität eines der wichtigsten Informationsmittel.

O-Ton 16 Verfügung BVerfG, 1. Fernsehurteil

Erzähler:

Die Sozialdemokraten befürchten, dass Adenauer ein Regierungs-Fernsehen haben will. Mehrere SPD-geführte Bundesländer klagen vor dem Verfassungsgericht. In Karlsruhe kommt es im Spätherbst 1960 zu einer dreitägigen Redeschlacht zwischen den Anwälten der Bundesregierung und ihren Widersachern aus den Ländern. Kurz ehe das auch „Adenauer-Fernsehen“ genannte Programm auf Sendung gehen kann, sprechen die Verfassungsrichter ein erstes Machtwort:

O-Ton 16 weiter:

Die Sitzung ist eröffnet. Verkündet wird die Entscheidung über die Anträge mehrerer Länder auf Erlass einer einstweiligen Anordnung in dem Verfahren betreffend das zweite Fernsehen.

Erzähler:

Verfassungsrichter Egon Schunck verliest den Beschluss des Gerichts – er ist eine krachende Niederlage für Adenauer.

O-Ton 16 weiter:

Im Namen des Volkes. Es wird folgende einstweilige Anordnung erlassen. Bis zur Entscheidung in der Hauptsache 2-BVG-1/60 und 2-BVG-2/60 darf im Gebiet der Bundesrepublik nur das erste Fernsehprogramm der in der Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland zusammengeschlossenen Rundfunkanstalten ausgestrahlt werden.

Erzähler:

Das endgültige Urteil im Februar 1961 lautet vereinfacht gesagt: Rundfunk ist Ländersache – und nicht der Bundesregierung. Karlsruhe stärkt hier zum ersten Mal – und in den Jahrzehnten seither häufig – den öffentlich-rechtlichen Anstalten den Rücken, sagt Tanjev Schultz, Professor am Journalistischen Seminar der Universität Mainz und Publizist:

O-Ton 17 Tanjev Schultz, Journalistik-Professor und Publizist:

Ja, das Bundesverfassungsgericht hat, bislang zumindest, diese Rolle ausgeübt. Sehr stark auch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu verteidigen gegen alle

möglichen Formen von Übergriffen, die da vielleicht aus der Politik in den vergangenen Jahrzehnten stattgefunden haben.

Erzähler:

Das erste Rundfunk-Urteil des Verfassungsgerichts bedeutet zunächst: Es gibt weiter nur öffentlich-rechtliche Sender. Ein zweites Fernsehprogramm entsteht trotzdem, aber es sind – als Folge des Richterspruchs – die Länder, nicht die Bundesregierung in Bonn, die 1962 das ZDF gründen – und den Deutschlandfunk. Das „Zweite“, wie die in Mainz angesiedelte Anstalt oft nur genannt wird, wird zwar Rivale der ARD. Aber Gründungsintendant Karl Holzamer beruhigt sofort die Gemüter:

O-Ton 18 Karl Holzamer, ZDF-Gründungsintendant:

Es ist keinesfalls das Verhältnis feindlicher Brüder, wie man es gelegentlich dargestellt hat. Es ist vielmehr ein Verhältnis – oder sollte sein – ein Verhältnis von Brüdern verschiedenen Temperaments.

Erzähler:

Im Rückblick betrachtet sind die sogenannten „Rundfunk-Entscheidungen“ des Bundesverfassungsgerichts Meilensteine für die elektronischen Medien in Deutschland – auch für das Kräfteverhältnis zwischen den öffentlich-rechtlichen Anstalten und der Politik. Die Anlässe sind ganz unterschiedlich. 1971 will die Politik die ARD-Anstalten dazu verpflichten, Umsatzsteuer zu zahlen. Sie seien ja Wirtschaftsunternehmen. Doch die Karlsruher Richter sehen das anders und bezeichnen Rundfunk als Sache der Allgemeinheit, die in völliger Unabhängigkeit überparteilich betrieben und von jeder Beeinflussung ferngehalten werden muss. Glasklare Sätze:

Zitatorin:

Die Rundfunkanstalten stehen in öffentlicher Verantwortung und erfüllen, indem sie Aufgaben öffentlicher Verwaltung wahrnehmen, zugleich integrierende Funktionen für das Staatsganze. Ihre Sendetätigkeit ist nicht gewerblicher Art.

Erzähler:

So entpuppt sich Rundfunkpolitik in der Bundesrepublik regelmäßig als ewiges Tauziehen zwischen den ARD-Intendanten und den Regierungschefs der Länder. Die Karlsruher Verfassungsrichter sieht der Hamburger Medien-Historiker Hans-Ulrich Wagner dabei in der Schiedsrichter-Rolle:

O-Ton 19 Hans-Ulrich Wagner:

Sie spielen also eine ganz große Rolle für eben diese Art von freiheitlichem Modell der Rundfunkordnung. Es gab dann natürlich auch diese entsprechenden regionalen Regierungen, die immer wieder auf ihren Rundfunk schauten.

Erzähler:

„Ihren Rundfunk“ ist ein wichtiges Stichwort: Die Ministerpräsidenten gebärden sich medienpolitisch gerne wie „Landesfürsten“. Der Ton zwischen Politik und ARD-Journalisten ist oft beinhart, fast feindselig. Vor allem wenn die wichtigsten politischen Magazine der ARD, „Panorama“ vom Norddeutschen Rundfunk oder „Monitor“ vom WDR, die politische Prominenz provozieren. Ein Beispiel: Im Oktober 1972 antwortet CSU-Chef Franz Josef Strauß gar nicht erst auf die Frage des

Moderators, sonst polemisiert gegen eine „Monitor“-Sendung:

O-Ton 20 Franz-Josef Strauß, ehem. CSU-Vorsitzender, 1972:

Zunächst muss ich mir leider die Bemerkung erlauben, dass diese ihre eben gezeigte und von mir verfolgte Sendung tendenziös ist. Diese Sendung entspricht nicht den Geboten der Loyalität, der Objektivität und der Neutralität.

Erzähler:

Neben Franz Josef Strauß, der hier von einem ARD-Moderator „Loyalität“ einfordert, ist es vor allem die Schwesterpartei CDU, die Programminhalte kritisiert. Im Wahlkampf 1983 mahnt Heiner Geißler, damals Generalsekretär der Kohl-Partei, auch die Berichterstattung der „Tagesschau“ zu Fairness und Ausgewogenheit:

O-Ton 21 Heiner Geißler, ehem. CDU-Generalsekretär:

Es kommt in dieser Massendemokratie darauf an, die ja auch eine Tele-Demokratie ist, dass die öffentlich-rechtlichen Medien nun in einer solchen Wahlkampf-Auseinandersetzung eben über das, was sich ereignet, auch objektiv und fair unterrichten. Wir hoffen, dass das, was gestern Abend in der Berichterstattung in der Tagesschau der ARD sich ereignet hat, dass sich dieses nicht wiederholt.

Erzähler:

Einer der dünnhäutigsten im Land, wenn Kritik laut wird, ist Helmut Kohl selbst.

O-Ton 22 Helmut Kohl, ehem. Bundeskanzler:

(Helmut Kohl) Von welchem Sender sind Sie? (Reporter) Vom Norddeutschen Rundfunk. (Helmut Kohl) Ja, so sehen Sie aus. Und so sind Sie auch. Sie sind ein erbärmlicher Journalist.

Erzähler:

Und als ihn der Reporter des Politik-Magazins „Panorama“ auf Schwarzgelder in der CDU-Parteikasse anspricht, fährt der Kanzler eine rhetorische Breitseite auf:

O-Ton 23 Helmut Kohl:

(Reporter) Herr Dr. Kohl, Guten Tag. Stuchlik, Panorama. Eine Frage: Wofür haben Sie die Gelder von Herrn Kirch bekommen? (Helmut Kohl) Ich hab' überhaupt nicht die Absicht, mit Ihnen ein Interview zu machen. (Reporter) Warum nicht? (Helmut Kohl) (Sie sind) von ‚Panorama‘. Das ist ein unseriöses Magazin, welches mit Halbwahrheiten arbeitet, mit Denunziationen arbeitet. Und durchaus in einer Art und Weise, die an Stasi-Methoden erinnert.

Erzähler:

Diese verbalen Ringkämpfe haben für die Anstalten Auswirkungen. Die Parteien versuchen, ihre Macht in den Funkhäusern zu festigen, indem sie in den Ländern, in denen sie regieren, Journalistinnen und Journalisten auf wichtige Positionen hieven, die ihnen tatsächlich oder vermeintlich nahestehen. Medien-Wissenschaftler und politische Beobachter prägen dafür Begriffe wie „Proporz-Funk“ und „ARD-Farbenlehre“. Diese Politisierung ist zwar heute deutlich schwächer ausgeprägt, aber ein bisschen davon sei immer noch da, meint der Mainzer Journalismus-Professor Tanjev Schultz:

O-Ton 24 Tanjev Schultz:

Das war vielleicht manchmal grobschlächtig, aber so war schon ein bisschen was dran, ein Kern von Wahrheit, das rote „Radio Bremen“ und der Schwarzfunk da in Bayern und so. Das ist nicht mehr alles so auffällig und so klar. Aber: Dass es jetzt gar keine Bedeutung mehr hätte, würde ich als Beobachter nicht sagen. Das spielt schon noch eine Rolle, wenn welche Bundesländer wie geprägt sind. Wo vielleicht bestimmte Parteien seit Jahren oder Jahrzehnten dominieren.

Erzähler:

Der Rundfunkhistoriker Hans-Ulrich Wagner glaubt dagegen: Die Ära, in der Parteibücher ein wichtiges Kriterium für eine Karriere in den ARD-Anstalten spielten, ist vorbei. Wagner spricht sogar von einer Art „Spiel“, das dem Publikum damals an den Mikrofonen vorgeführt wurde:

O-Ton 25 Hans-Ulrich Wagner:

Der Witz ist, glaub' ich, der, dass man sich das wechselseitig aus den politischen Lagern zuspielte. Also der WDR war mal für die einen die Hochburg von schwarz und umgekehrt für die anderen war es die Hochburg von „Rotfunk“. Das wechselt, diese klassische Art von Proporzdenken, die bröckelt und die ist seit den 80er Jahren am Abnehmen. Die ist sicherlich nicht mehr das, was die Handschrift, der einzelnen Häuser kennzeichnet.

Erzähler:

Anfang der 1980er-Jahre sind die Zeiten knapper Sendefrequenzen vorbei. Kabel- und Satellitenempfang kommen auf. Die Politik kann so die Gründung von Privatradios und Privatfernsehen forcieren – das Bundesverfassungsgericht erlaubt dies 1981. Für die öffentlich-rechtlichen Anstalten ist dieses dritte Rundfunkurteil eine Zäsur. Die Hoffnung – oder Sorge, je nachdem – die Privatsender würden ein publizistisches Gegengewicht zur ARD bilden, erweist sich jedoch als voreilig. Sie konzentrieren sich auf Unterhaltung und beschränken Informationen zum Zeitgeschehen auf ein Minimum. Daher reagieren die Mächtigen weiter pikiert, wenn die öffentlich-rechtlichen Sender politische Missstände kritisieren. Gerne auch, wenn die Form der Kritik unterhaltend ist, etwa als Satire:

O-Ton 26 Satire-Sendung „Scheibenwischer“, 1982:

Ja, Grüß Sie Gott, Herr Staatsminister Jaumann. Hier ist Seiferl-Waschek von der Rhein-Main-Donau-AG. Ich wollt' nur sagen, der neue Diäten-Scheck ist wieder aufgekommen, gell ...

Erzähler:

Berühmtheit erlangt 1982 die Satire-Sendung „Scheibenwischer“ mit Gisela Schneeberger als leutseliger Schwarzgeld-Verteilerin. Dass ein Kabarett-Programm die Vetternwirtschaft in Bayern bloßstellt, ärgert die CSU-Führung – für sie ist das Programm „bayernfeindlich“. Als die Satiriker 1986 nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl das Thema Verstrahlung aufgreifen, blendet sich der Bayerische Rundfunk sogar aus dem ARD-Gemeinschaftsprogramm aus. Zweifellos kein Höhepunkt der ARD-Geschichte – und heute so kaum mehr vorstellbar, glaubt der Medienhistoriker Hans-Ulrich Wagner.

O-Ton 27 Hans-Ulrich Wagner:

Dass das ARD-Programm ein Gemeinschaftsprogramm ist, das sozusagen aus den einzelnen Anstalten bestückt wird, das ist ja die Glanzleistung, das Positive. Dass dann Reaktionen erfolgen – und die höchste Reaktion ist, sich aus dem Programm auszuschalten – das ist eine sehr heikle Geschichte, weil: Das wird natürlich publizistisch aufgegriffen. Und das ist eine gefährliche Geschichte.

O-Ton 28 Jingle-Mix (SWF3/SDR3/Phönix/Arte/TS24)

Erzähler:

Innovativ und attraktiv sind hingegen andere Angebote der ARD. Starten die Sender anfangs mit einem Radioprogramm, so kommen zuerst Kultur-, ab den 1970er-Jahren dann Pop- und schließlich Infowellen hinzu. Im Fernsehen folgen später sogenannte Spartensender und digitale Angebote. Bei den Rundfunkgebühren merken die Deutschen das kaum. 1990 liegen sie pro Monat bei 19 D-Mark – etwa zweieinhalb Mal so viel wie 1970. Im gleichen Zeitraum sind Löhne und Gehälter im Land jedoch um fast das Vierfache gestiegen.¹ Das Mehr an Angebot geht nicht immer auf Ideen der Sender zurück, merkt die Medienjournalistin Diemut Roether an:

O-Ton 29 Diemut Roether:

Der Kultursender ARTE wurde gegründet – Kulturmenschen werden auch immer sagen: Der ist sehr wichtig. Aber so gibt es ganz viele Sender und Angebote im System, die die Politik irgendwann haben wollte. Der Kulturkanal 3Sat gehört dazu, natürlich auch Phoenix. Natürlich findet der Bundestag das ganz Klasse, wenn es einen Sender gibt, der die Debatten überträgt. Und da sieht man dann wieder, dass ganz viele politische Vorgaben dazu geführt haben, dass das System so groß geworden ist, wie es jetzt ist.

Erzähler:

Die Anstrengungen, Neues, Besseres, Attraktiveres anzubieten, werden in der Öffentlichkeit jedoch seit einiger Zeit überwiegend kritisiert. Mehr als 60 Radioprogramme und – die Regionalsender mitgerechnet – anderthalb Dutzend Fernsehkanäle halten Kritiker des Systems für übertrieben. Sie empfehlen daher ein Gesundshrumpfen der ARD.

O-Ton 31 Tanjev Schultz:

Also ich glaub', alle, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk bisschen mehr aus dem Inneren mal erlebt haben oder vielleicht sogar da arbeiten, können diverse Anekdoten erzählen über das, was man letzten Endes dann doch zurecht Verschwendung nennt. Das gibt es und gab es. Das darf man überhaupt nicht leugnen.

Erzähler:

Sagt der Mainzer Journalistik-Professor Tanjev Schultz zur Debatte um die ARD-Finzenzen. Aber er gibt zugleich zu bedenken: Das Programmangebot der ARD spiele angesichts der Krise, in der die gesamte Medienwelt steckt, eine besondere Rolle.

O-Ton 32 Tanjev Schultz:

Eben gerade, weil wir auch, was die Informationsgrundlage angeht, (in) schwierigen Zeiten leben – und auch diese Transformation, gerade was die Jüngeren angeht, ins Digitale im Blick haben müssen, brauchen wir eigentlich eine Offensive mehr denn je für anspruchsvolles, qualitätsvolles Programm.

Erzähler:

Die Printmedien sehen ihren Markt durch ARD-Angebote im Internet bedroht und finden in der aktuellen medienpolitischen Debatte Verbündete bei den Parteien. Weitere Erhöhungen bei den Rundfunkbeiträgen? Nicht mit uns, sagen die Ministerpräsidenten. Beobachter wie Diemut Roether sehen den Streit um die Beiträge für öffentlich-rechtliche Anstalten als Versuch, die Sender zu Entscheidungen zu drängen.

O-Ton 33 Diemut Roether:

Ja, natürlich benützt die Politik die Debatte um den Rundfunkbeitrag, um Druck auszuüben. Das ist ja auch in gewisser Weise ihr gutes Recht. Die Politik darf sich hinstellen und sagen: Ja, 10 Milliarden Euro sind viel Geld. Von uns wären manche froh, wenn sie so viel Geld hätten, über das sie verfügen können.

Erzähler:

Zünglein an der Waage im Verhältnis zwischen Politik und ARD ist weiter Karlsruhe. Das jüngste von bisher 16 Rundfunkurteilen fällt im Sommer 2021: Sachsen-Anhalt weigert sich, der Beitragserhöhung zuzustimmen, die die unabhängige Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Anstalten, die KEF, empfohlen hat. Die ARD ruft das Verfassungsgericht an und bekommt Recht. Sachsen-Anhalt muss zustimmen. Ministerpräsident Reiner Haseloff beharrt hinterher dennoch auf einem Punkt.

O-Ton 34 Reiner Haselhoff, ehem. Ministerpräsident:

Dass auch für die zukünftigen Entscheidungs-Prozesse wichtig sein wird, dass das, was die Anstalten machen, die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger finden muss. Das betrifft sowohl das Thema Anteile Ost-West, nicht nur von Sendezeiten, von Berichtszeiten. 30, 31 Jahre nach der Wiedervereinigung ist an dieser Stelle vieles noch in einer deutlichen Unwucht.

Erzähler:

Ein wunder Punkt der ARD-Anstalten: In den ostdeutschen Ländern war die Zustimmung zu ihren Programmen immer am geringsten – und nimmt seit dem Aufstieg der AfD, die pauschal heftig gegen ARD und ZDF polemisiert, weiter ab. Was die Ministerpräsidenten im Osten konkret an Änderungs-Ideen für die ARD vorgeschlagen haben, hält Diemut Roether aber für wenig hilfreich.

O-Ton 35 Diemut Roether:

Wenn ich dann sehe, dass sie Staatsverträge entwerfen, in denen eben vor allem vorgeschrieben wird, dass soundso viel im Osten produziert werden muss und in ihrem Bundesland produziert werden muss, dann denke ich: Okay, dann spielen eben doch die Länder-Egoisten eine größere Rolle als der Blick darauf, wie ein gut geordneter öffentlich-rechtlicher Rundfunk eigentlich sein sollte.

O-Ton 36 Tagesschau-Fanfaren-Mix

Erzähler:

Wie wichtig öffentlich-rechtliche Angebote weiter sind, beweisen die Einschaltquoten der Tagesschau. Die 20 Uhr-Ausgabe ist häufig Spitzenreiter unter den Sendungen eines Fernsehabends – vor allem wenn irgendwo in der Welt eine Krise eskaliert. Tanjev Schultz vom Journalismus-Seminar der Uni Mainz rät der ARD deshalb dazu, auf ihre Glaubwürdigkeit zu achten. Vertrauen ins Programm könne auch verloren gehen. Er kritisiert an den öffentlich-rechtlichen Programmen zu viel Orientierung an einem vermeintlichen Zeitgeist und an Themen, die durch die Politik vorgegeben werden.

O-Ton 37 Tanjev Schultz:

Wenn dann eine Zeit lang eben Klimawandel das große Thema ist, dann müssen da alle mitmachen und finden das alle super und machen das alle. Aber wenn's dann plötzlich andersherum läuft und dann ist plötzlich Kriminalität und Migration das große Thema, dann wagt es auch niemand in den öffentlich-rechtlichen Anstalten – ich übertreibe ein bisschen –, dem etwas entgegenzusetzen, sondern dann folgt man genau dieser Linie und alle sind nur noch auf diesem Kurs unterwegs.

Erzähler:

Im Herbst 2024 hat die Politik einen „Reformstaatsvertrag“ mit einem Konzept zur Zukunft der öffentlich-rechtlichen Anstalten präsentiert. Für die ARD sieht er vor, dass beim Fernsehen mehrere Spartensender wegfallen und beim Radio gut ein Dutzend Programme. Die ARD entwickelt darüber hinaus eigene Reformprozesse, um effizienter zu werden und neue Zielgruppen zu erreichen. Dieser Beitrag von Das Wissen zum Beispiel ist ein Angebot des neuen ARD-Kompetenzcenters Wissen/Bildung/Schule. Er steht der gesamten ARD zur Verfügung – früher wäre er nur im SWR gesendet worden. Das zeigt: Was 1950 als lockere Arbeitsgemeinschaft begann, ist heute ein echter Senderverbund. Ob die ARD so ihren 100. Geburtstag erleben kann? Schwierige Frage, sagt die Medienjournalistin Diemut Roether und findet: Gerade jetzt zeige ein von der Allgemeinheit kontrolliertes Rundfunksystem, welchen Mehrwert es bietet.

O-Ton 38 Diemut Roether:

Wir merken gerade, wie gefährlich das ist, wenn sowas eben nicht kontrolliert wird. Von daher, denke ich, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk eigentlich ein sehr gutes Modell ist, weil er eben gesellschaftlich kontrolliert wird. Und ich könnte mir vorstellen, dass gerade die Erfahrung, die wir jetzt machen mit sozialen Netzwerken, dass sie dazu führen, dass wir merken, wie wichtig es eigentlich ist, dass es Medien gibt, die wir als Öffentlichkeit als unsere Medien begreifen.

Abspann:

Das Wissen (mit Soundbett)

Erzähler:

Die ARD und die Politik – Ringen um Unabhängigkeit. Eine Sendung von Rainer Volk. Redaktion: Gábor Paál.

Abbinder

¹ s. dazu: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Verdienste/Verdienste-Branche-Berufe/Tabellen/liste-bruttomonatsverdienste.html#134756>